



Pressemitteilung des FVDZ Westfalen-Lippe vom 26.03.2012

FVDZ: „SPD möchte Patienten ärztliche Leistungen vorenthalten!“

„Bevormundung der Patienten einhergehend mit Einschränkung von medizinischen Leistungen – dafür steht die SPD“, ärgert sich der Landesvorsitzende des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte in Westfalen-Lippe (FVDZ-WL), Zahnarzt Markus Büssing. Der FVDZ-WL reagiert damit auf einen Gesetzesentwurf der SPD-Bundestagsfraktion, der vorsieht, die Individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL) einzudämmen.

Individuelle Gesundheitsleistungen sind zusätzliche Angebote für Patienten, die in der Regel nicht zum festgeschriebenen Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen gehören, und somit nicht Teil der Grundversorgung sind. Deren Kosten müssen demzufolge vom Patienten privat übernommen werden. Der Gesetzesentwurf der SPD sieht vor, durch hohe bürokratische Hürden das Erlangen dieser Zusatzleistungen zu erschweren. Unter anderem wird gefordert, zusätzliche Leistungen nur noch in gesonderten Behandlungsterminen durchzuführen, außerdem sollen gesonderte Verträge zwischen Arzt und Patient aufgesetzt werden. Diese Vorgehensweise ist eine Zumutung für den Patienten und den behandelnden Arzt, ist sich der FVDZ-WL sicher. Für den FVDZ-WL muss wieder die Behandlung in den Mittelpunkt und nicht die damit verbundenen Verwaltungsaufgaben.

„Die SPD zeigt deutlich, dass nach ihrer Auffassung nicht das gesundheitliche Wohl der Menschen im Mittelpunkt steht, sondern der ideologisch geprägte Wille nach einer Einheitsbehandlung“, interpretiert Büssing (Zahnarzt in Gladbeck) die Initiative der Bundestagsfraktion.

„Hier geht es nur um Stimmungsmache gegen Ärzte“, pflichtet Joachim Hoffmann, niedergelassener Zahnarzt aus Kirchhundem, bei. Die Sozialdemokraten schreiben in ihrem Gesetzesentwurf, dass Patienten in Arztpraxen zum Teil durch aggressives Marketing zu Leistungen gedrängt werden. „Hiermit stellen die Verfasser der SPD-Initiative die Ärzteschaft als Abzocker dar“, empört sich Hoffmann (Pressesprecher des FVDZ-WL) und fordert die verantwortlichen Politiker der SPD auf: „Unterlassen Sie endlich diese Hetze gegen Ärzte. Nicht wir sind das Problem. Für budgetierte Honorare kann es auch nur begrenzte Leistungen geben. Die Politik darf der Bevölkerung weitere gewünschte Leistungen nicht vorenthalten!“

Der FVDZ-Landesvorsitzende Büssing erklärt stellvertretend für die Zahnärzteschaft: „Bei uns steht der Patient mit seinem individuellen Krankheits- und Behandlungsbild im Mittelpunkt. Mit dem Patienten gemeinsam versuchen wir die für ihn optimale medizinische Behandlung zu ermöglichen, auch wenn die SPD unseren Patienten Möglichkeiten vorenthalten möchte!“